

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Januar 2007



## Wenn sich die Arbeit vom Markt entfernt

Für Arbeitslose mit mehreren Vermittlungshemmnissen will der Staat sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse einrichten. Diese Arbeitsplätze sollen in „Integrationsbetrieben“ oder im Rahmen gemeinnütziger Bürgerarbeit angeboten werden. Die Arbeitsverhältnisse werden auf unbefristete Zeit mit der Hälfte des tarifvertraglich vereinbarten oder des ortsüblichen Lohns subventioniert. Der Staat subventioniert sie als Arbeitgeber aus Steuern, die die Bürger und die Wirtschaft zahlen.

Ist das eine gute Nachricht? Oder ist das einer jener Pläne, für den die – etwas kalauerhaft klingende – Bewertung gilt: „Das Gegenteil von gut ist gut gemeint“? Es steht zu befürchten, dass das keine gute Nachricht ist. Lohnkostenzuschüsse, subventionierte Minijobs, Mindestlohn, Kombilohn und nun ein Angebot, bei dem der Staat als Arbeitgeber für diejenigen auftritt, die unvermittelbar sind oder sich selbst für unvermittelbar erklären: Wie weit will sich der Staat noch in die Arbeitsverhältnisse einmischen?

Sozialpolitik und solidarische Hilfe zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt sehen anders aus. Hier entsteht der Eindruck, der Staat kaufe unvermittelbare Arbeit auf, um die Arbeitslosenstatistik zu frisieren. Und es wird, anders als bei anderen Hilfsmaßnahmen, erst gar nicht der Anspruch erhoben, es handele sich um eine Maßnahme des Übergangs bis zu einer günstigeren Konjunkturlage. Es wird ein Programm auf Dauer aufgelegt. Selbst die alte Arbeitslosenhilfe stand unter dem Generalvorbehalt der Überbrückungshilfe für eine Zeit der wirklich unfreiwilligen Arbeitslosigkeit.

Arbeit entwürdigt sich nicht am Markt. Im Gegenteil: Wenn Arbeit sich vom Markt entfernt, dann verliert sie den Glanz der Würde von Eigenverantwortung. Auch das will bedacht sein, wenn Programme des Restaufkaufes zur sozialen Errungenschaft erklärt werden.

Hans D. Barbier

## Liebe(r) D-Mark

Den Euro gibt es nun seit fünf Jahren. 58 Prozent der Bundesbürger hätten aber lieber wieder die D-Mark statt des Euro im Portemonnaie. Und noch immer rechnen drei von vier Bundesbürgern bei Beträgen über 100 € die Summe in D-Mark um.

Am Jahresende 2006 besaßen die Deutschen noch mehr als 14 Milliarden D-Mark: Rund 7,2 Milliarden davon warteten als Münzen, weitere 7,2 Milliarden als Banknoten auf den Umtausch. Die Deutsche Bundesbank hat 2006 312 Millionen D-Mark umge-

D-Mark		
Bestand in Deutschland, in Milliarden	Banknoten	Münzen
2002	9,4	7,5
2003	8,4	7,4
2004	7,9	7,3
2005	7,5	7,2
2006	7,2	7,2

jeweils Jahresende  
Quelle: Deutsche Bundesbank

tauscht. Im Jahr 2005 wurden dagegen noch 454 Millionen D-Mark zur Bundesbank getragen.

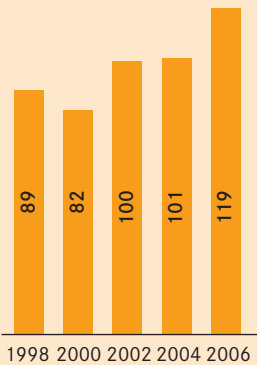
[www.bundesbank.de/presse/](http://www.bundesbank.de/presse/)

## Spendable Bundesbürger

29 Millionen Bundesbürger haben im Jahr 2006 rund 3,4 Milliarden € gespendet. Im Jahr davor gab sogar jeder Zweite Geld an nationale und internationale Hilfsorganisationen und sorgte damit für ei-

## Spenden

Durchschnittliche Jahresspende pro Spender in €



Quelle: TNS-Infratest

ne Rekordspendenhöhe von rund 3,5 Milliarden €. Die durchschnittliche Spendenhöhe von 108 € pro Spender im Jahr 2005 wurde mit 119 € im letzten Jahr nochmals übertroffen.

[www.tns-infratest.com](http://www.tns-infratest.com)

## Elektronische Postämter

In der Bundesrepublik bieten rund 3 200 Unternehmen E-Mail-Dienste an. Bei ihnen sind fast 75 Millionen Kunden registriert. Die Zahl ist so hoch, weil viele Nutzer mehrere E-Mail-Adressen besitzen.

Die meisten E-Mail-Anbieter betreuen weniger als 1 000 elektronische Postfächer. Nur zwei Prozent der Provider haben bis zu 50 000 Kunden. Weitere zwei Prozent der E-Mail-Dienstleister – das sind 64 Großunternehmen mit einem Marktanteil von 86 Prozent – verwalten mehr als 50 000 Adressen.

Laut Bundesnetzagentur sind rund 80 Prozent aller verschickten E-Mails unerwünschte Zusendungen, sogenannte Spams.

www.bundesnetzagentur.de

## Subventionen

Zusätzlich zu den Subventionen aus den Töpfen der EU gewährten die einzelnen Mitgliedsländer staatliche Beihilfen von rund 64 Milliarden €. Unternehmen erhielten davon 41 Milliarden €. Landwirtschaft und Fischerei wurden

Subventionen	
Staatliche Beihilfen in Milliarden €, ohne Eisenbahnsektor	
Deutschland	20,0
Frankreich	9,7
Großbritannien	4,5
Polen	1,9
Dänemark	1,3
Estland	0,0
Luxemburg	0,0
Quelle: Kommission der Europäischen Gemeinschaften	

mit 17 Milliarden € unterstützt. Der Kohlebergbau konnte 4,1 Milliarden € und der Verkehrssektor (ohne Schienenverkehr) 1,5 Milliarden € an staatlichen Unterstützungen verbuchen.

Die EU-Mitglieder haben sich zwar wiederholt zu einem Subventionsabbau verpflichtet. Die Höhe der Zahlungen ist aber fast unverändert geblieben: Die Beihilfen der 15 „alten“ EU-Mitglieder pendeln seit 1999 um den Betrag von jährlich 60 Milliarden €, die zehn mittel- und osteuropäischen Mitglieder haben seit ihrem EU-Beitritt im Jahr 2004 rund fünf Milliarden € pro Jahr an Beihilfen vergeben.

ec.europa.eu/

## Sicherheit statt Rendite

An der deutschen Börse steigen die Aktienkurse seit fast vier Jahren. Mitte Januar 2007 erreichte der Deutsche Aktienindex (DAX) sogar ein neues Sechsjahreshoch. Trotzdem ist die Zahl der Aktien- und Aktienfondsbesitzer 2006 gesunken.

Die Zahl der Aktionäre ist in Deutschland im Jahr 2006 um 504 000 zurückgegangen. Damit besitzen nach Angaben des Deutschen Aktieninstituts (DAI) nur noch 4,2 Millionen Deutsche Anteile an Aktiengesellschaften. Im Jahr 2000 waren es noch 6,2 Millionen gewesen. Die jüngste Abkehr von der Anlageform Aktie mag einigermaßen überraschen, ist doch der DAX im vergangenen Jahr um 22 Prozent gestiegen.

Es war der vierte Anstieg in Folge, und auch für das Jahr 2007 gehen die meisten Analysten von weiter steigenden Kursen aus. Viele Anleger trauen dem Aktienmarkt jedoch nicht und verpassen so die Hausse, die seit März 2003 eine Verdreifachung des DAX mit sich gebracht hat.

### Aktiendepots trotz Kursanstieg aufgelöst

„Mittlerweile haben viele Anleger ihre Einstandskurse der Jahre 1999 und 2000 wieder

erreicht. Möglicherweise haben sie dies zum Aktienverkauf genutzt“, sagt Franz-Josef Leven, Direktor des Deutschen Aktieninstituts, und versucht damit den Ausstieg von mehr als zehn Prozent der deutschen Aktionäre aus einem gut laufenden Markt zu erklären. „Die Spuren, die der Kurssturz seit März 2000 in vielen Depots hinterlassen hat, scheinen noch nachzuwirken“, vermutet Leven. Erst wenn länger nichts gravierend Unerfreuliches am Aktienmarkt passieren, würden viele Anleger wieder Vertrauen in die Anlageform Aktie finden.

Grundsätzlich kann der Anleger nämlich mit Aktien eine gute Rendite erzielen. Ein breit gestreutes Depot in größeren deutschen Aktiengesellschaften wirft in der langen Frist jährlich rund acht Prozent ab. Es gibt kaum andere Anlageformen, die ähnlich hohe Erträge bringen. Gleichwohl muss der Anleger bei Ak-

tien größere Kursschwankungen verkraften. In den vergangenen 50 Jahren gab es 15 Jahre, die der DAX mit Kursverlusten beendete. Als bislang einmalig schlecht erwies sich das Jahr 2002 mit einem Kursrückgang von 44 Prozent. Andererseits brachten 24 Jahre zweistellige Renditen – 13 davon sogar mit Kurszuwachsen von mehr als 30 Prozent.

Etwas mehr vertraut der deutsche Privatanleger der indirekten Beteiligung an Aktiengesellschaften: Die Zahl der Anleger, die sich an Aktienfonds und Mischfonds mit Aktienanteilen beteiligen, ist im Jahr 2006 nur um 118 000 auf knapp acht Millionen gesunken. Doch auch hier setzen die Anleger mehr auf Sicherheit und ziehen gemischte Fonds reinen Aktienfonds vor.

Trotz positivem Marktumfeld hatten die Aktienfonds nach Angaben des Bundesverbandes Investment und Asset Management (BVI) im Jahr 2006 bis zum November Mittelabflüsse von knapp sechs Milliarden € zu verkraften.

### Engländer und Franzosen setzen stärker auf Aktien

„Bei der Altersvorsorge wäre es für die Rendite besser, wenn mehr Geld in Aktienfonds fließen würde“, sagt Franz-Josef Leven. Andere Länder setzen gerade bei der Altersvorsorge viel stärker auf Aktien. Der Anteil der Aktienbesitzer in der Bevölkerung ist in Großbritannien rund drei-

	Aktionäre und Fondsbesitzer			
	nur Aktien	Aktien und Fonds	nur Fonds	gesamt
1997	3 293	627	1 681	5 601
1998	3 604	911	2 274	6 789
1999	3 487	1 518	3 226	8 231
2000	3 463	2 748	5 617	11 828
2001	3 087	2 607	7 159	12 853
2002	2 912	2 088	6 549	11 549
2003	2 960	2 086	6 081	11 127
2004	2 661	1 944	5 899	10 504
2005	2 730	2 014	6 052	10 796
2006	2 366	1 874	6 074	10 314
in Deutschland, in Tausend				
Quelle: Deutsches Aktieninstitut				



„Marktwirtschaft als ökonomisches Prinzip bedeutet, dass sich jeder einzelne Mensch als Unternehmer, ohne vom Staat behindert oder gegängelt zu werden, frei entfalten kann und dass es seine Angelegenheit ist – sein Risiko, aber auch seine Chance ausmacht –, im Markt zu gewinnen, was seine Existenz gewährleistet.“  
Ludwig Erhard

## Sicherer Vermögensaufbau

Faktoren, die beim Vermögensaufbau in Deutschland eine Rolle spielen, Anteile in Prozent

	sehr wichtig	wichtig
Sicherheit der Geldanlage	52	43
Lebens- und Familienplanung	35	46
Hinterbliebenenschutz	34	46
Vertrautheit mit dem Produkt	27	54
Flexibilität der Anlage	26	60
Steuerliche Aspekte	26	49
Hohe Rendite/Verzinsung	25	52
Schnelle Verfügbarkeit	24	60
Staatliche Förderung	23	48
Vererbbarkeit	20	49
Verrentungsmöglichkeit	20	40

Quelle: Deutscher Sparkassen- und Giroverband

mal so hoch wie in Deutschland. In Frankreich ist er doppelt so hoch, und auch in der Schweiz, Schweden und vielen anderen europäischen Ländern spielt die Aktie in den Wertpapierdepots eine sehr viel größere Rolle als hierzulande.

### Die Zahl der Belegschaftsaktionäre sinkt

Eine Aktienkultur im Sinne einer langfristigen Beteiligung am Erfolg von Unternehmen hat sich in Deutschland noch nicht entwickelt. Lange vertrauten die Menschen der staatlichen Altersvorsorge und sahen keine Notwendigkeit, sich mit Fragen des privaten Vermögensaufbaus zu beschäftigen. Die wilden Auswüchse, die der Neue Markt hervorbrachte, sorgten zudem für die Wahrnehmung des Aktienmarktes als Platz für Spekulanten und nicht als Möglichkeit, sein Geld seriös und ertragreich für das Alter anzulegen.

Auch die Beteiligung am Erfolg des eigenen Unternehmens ist in Deutschland ex-

trem niedrig ausgeprägt. So ist die Zahl der Belegschaftsaktionäre im vergangenen Jahr um 200 000 auf knapp 1,1 Millionen zurückgegangen. Im Jahr 2000 hatten sich noch 1,6 Millionen Menschen über Belegschaftsaktien an ihren Unternehmen beteiligt.

### Wertbeständige Anlage in Zertifikate bevorzugt

Viel sympathischer erscheint den Deutschen die Anlage ihres Geldes in handelbare Schuldverschreibungen, sogenannte Zertifikate. Zwar gibt es keine Daten, wie viele Zertifikate sich in Privatbesitz besitzen. Der deutsche Markt ist jedoch bis November 2006 auf 110 Milliarden € angewachsen – ein Zuwachs von 30 Prozent gegenüber dem Jahresbeginn.

Es gibt zigtausende Produkte verschiedenster Bauart. Als Trend kristallisiert sich aber heraus, dass besonders Zertifikate, die den Anlegern Sicherheit bieten, gefragt sind. Die Anleger verzichten lieber auf die Möglichkeit, hohe Renditen am Aktienmarkt zu erzielen, wenn ihnen dafür im

Gegenzug der Erhalt des eingesetzten Kapitals garantiert wird. Sie sind bereit, zugun-

sten der Sicherheit Renditeeinbußen zu akzeptieren.  
*Daniel Mohr*

## Sparen – aber sicher

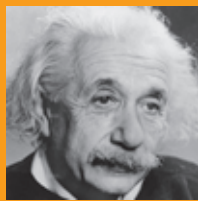
Sparen ist die Grundlage für soziale Sicherheit: Ludwig Erhard hat darauf immer wieder hingewiesen, zum Beispiel 1956 in seinem Beitrag „Selbstverantwortliche Vorsorge für die sozialen Lebensrisiken“. Aus diesem Text wird auch klar, dass Sparen vor allem der Eigenvorsorge dient und dass deshalb verlustsichere Sparanlagen gesucht werden müssen.

„Die Soziale Marktwirtschaft ist das tragende Ordnungsprinzip, nach dem das Wirtschaftsleben in der Bundesrepublik gestaltet worden ist und das die Voraussetzung für den außerordentlichen großen wirtschaftlichen Aufschwung war und der oft fälschlich als ‚Wirtschaftswunder‘ bezeichnet wird. Das Wesen dieser Marktwirtschaft besteht hauptsächlich darin, dass der Wirtschaftsprozess nicht durch obrigkeitstaatlichen Zwang gelenkt, sondern innerhalb eines wirtschaftspolitisch gesetzten Ordnungsrahmens durch die Funktion freier Preise und den Motor eines freien Leistungswettbewerbs selbständig gesteuert wird. Freiheit, Selbstverantwortung und persönliche Initiative bei der Berufswahl, Erwerbstätigkeit und dem Konsum, die jedem als Produzenten und als Verbraucher die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Chancen eröffnen, sowie eine leistungsbezogene Einkommensvergütung sind die Antriebskräfte, die in der Marktwirtschaft zu einem Höchstmaß an Produktion und einer Steigerung des Wohlstands der gesamten Bevölkerung führen. Die Marktwirtschaft ist damit diejenige Wirtschaftsordnung, die ein Maximum an Produktivität, Wohlstandsmehrung und persönlicher Freiheit verbindet.“

Wenn wir eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf die Dauer aufrecht erhalten wollen, ist es ein Grunderfordernis, neben einer Wirtschaftspolitik, die dem Menschen wieder zu seiner persönlichen Freiheit verholfen hat, auch eine gleichermaßen freiheitliche Sozialpolitik zu betreiben. Es widerspricht der marktwirtschaftlichen Ordnung, die die Entscheidung über Produktion und Konsum dem Einzelnen überlässt, die private Initiative bei der Vorsorge für die Wechselfälle und Notstände des Lebens auch dann auszuschalten, wenn der Einzelne dazu fähig und gewillt ist, selbstverantwortlich und eigenständig vorzusorgen.

Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung kann auf die Dauer nur bestehen, wenn auch im sozialen Sektor ein Höchstmaß an Freiheit, privater Initiative und Selbsthilfe gewährleistet wird.“

Ludwig Erhard, „Selbstverantwortliche Vorsorge für die sozialen Lebensrisiken“, in: Karl Hohmann, Gedanken aus fünf Jahrzehnten, Econ-Verlag 1988, Seiten 461 ff.



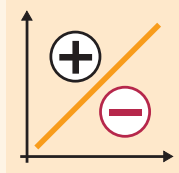
„Der Staat ist für den Menschen da und nicht die Menschen für den Staat. Von der Wissenschaft kann das Gleiche gesagt werden.“

Albert Einstein

## IM KLARTEXT

Januar 2007

### INDEX



### Die Soziale Marktwirtschaft im Januar 2007

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

### Vollbeschäftigung ⊕

Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt hat auch zum Jahresende angehalten. Neben der konjunkturellen Erholung hat auch das vergleichsweise milde Dezemberwetter die Arbeitsmarktentwicklung unterstützt. Vor allem im Baugewerbe konnte ohne Winterpause durchgearbeitet werden.

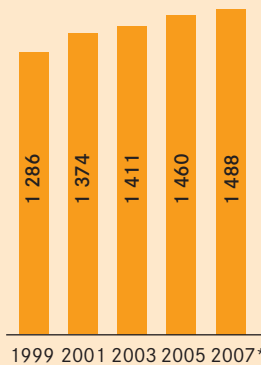
Im Dezember 2006 gab es vier Millionen Menschen ohne Arbeit, fast 600 000 weniger

als im Jahr davor. Bei den sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen meldet die Bundesagentur für Arbeit ebenfalls Erfreuliches: Ihrer Schätzung zufolge gab es knapp 27 Millionen solcher Arbeitsplätze, 392 000 mehr als im Jahr 2005.

Die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt ist gestiegen. Nach jüngsten Daten des Statistischen Bundesamtes erhöhte sie sich um 52 000 auf 39,8 Millionen. Damit wuchs die Erwerbstätigenzahl gegenüber dem Vorjahr um 426 000.

### Einkommen

Verfügbares Einkommen in Milliarden €



\* Schätzung GfK-Kaufkraftstudie  
Quelle: Statistisches Bundesamt

den € weniger Kaufkraft verfügen.

### Eigenverantwortung ⊖

Trotz Konjunkturaufschwung können immer weniger Bürger sparen. Nur noch 49 Prozent der Deutschen legten 2006 Geld auf die hohe Kante. Gründe für den neuerlichen Rückgang bei den Sparern sind höhere Lebenshaltungskosten und steigende staatliche Abgaben. Dadurch sinkt das reale Einkommen.

Auch im neuen Jahr fordert der Staat von den Bürgern wieder mehr Geld und beschneidet damit zum wiederholten Mal die Chancen des Einzelnen zu mehr Eigenverantwortung.

### Arbeitslose

Jahresdurchschnitt	
1992	2 978 570
1993	3 419 141
1994	3 698 057
1995	3 611 921
1996	3 965 064
1997	4 384 456
1998	4 280 630
1999	4 100 499
2000	3 889 695
2001	3 852 564
2002	4 061 345
2003	4 376 795
2004	4 381 281
2005	4 860 880
2006	4 487 057

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

### Geldwertstabilität ⊖

Laut GfK-Kaufkraftstudie 2007 wird den Bundesbürgern im laufenden Jahr ein Nettoerwerbseinkommen in Höhe von insgesamt 1 488 Milliarden € zur Verfügung stehen; darin sind staatliche Leistungen wie Arbeitslosengeld, Kindergeld oder Renten enthalten. Bei rund 82 Millionen Einwohnern wären das theoretisch 18 055 €, die jeder ausgeben kann. Eine stolze Summe. Tatsächlich aber lebten 2006 rund sieben Millionen Men-

schen von Sozialleistungen auf Arbeitslosengeld-II-Niveau, das heißt: Sie mussten monatlich mit 345 € zurecht kommen. Das Statistische Bundesamt spricht in einer jüngst vorgelegten Studie – „Leben in Europa“ – von 10,6 Millionen Menschen in Deutschland, die „armutsgefährdet“ sind.

Diese Zahl könnte sich im laufenden Jahr erhöhen, denn durch die zu Jahresbeginn 2007 wirksam gewordenen Steuerbelastungen werden die Bundesbürger rund 24 Milliar-

### Sparmotive

Anteile in Prozent

Altersvorsorge	63
Konsum	55
Wohneigentum	52
Kapitalanlage	45
Kinder	5
Notgroschen	4

Quelle: TNS-Infratest/Verband der Privaten Bausparkassen

### Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn  
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49  
Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: dpa - International  
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel  
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

*Ludwig Erhard*